

PDS

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Juli 2003



Kulturplan

Seite 3

Programm

Seite 8

Aus der BVV

Zwei aus Vierundachtzig



Schon vor Eröffnung der 15. Ordentlichen Tagung der BVV erhielt der PDS-Antrag „Erhalt des Programms für besondere soziale Zwecke in den östlichen Bezirken“ eine wirkungsvolle Unterstützung. Bezirksratsmitglieder, Bezirksverordnete und Besucher wurden mit einer von Trillerpfeifen begleiteten Demonstration des Pankower Rates für MigrantInnen empfangen. In einem anschließenden Redebeitrag forderte der Vorsitzende des Rates den Erhalt der MigrantInnenprojekte in Pankow. Hintergrund ist der im kommenden Jahr drohende Wegfall des o.g. Programms. Durch dieses Programm werden bis Mitte 2004 neben anderen Projekten gerade auch die im Bereich der Arbeit von und für MigrantInnen gefördert. Sollte dieses Programm nicht weitergeführt werden, bedeutet dies auch das Ende der „Oase“, der einzigen Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen in unserem Bezirk. Den erklärten Weg Berlins zu mehr Integration von MigrantInnen – wie zum Beispiel die geplante Unterbrin-

gung in eigenen Wohnungen – würde dies konterkarieren. Denn, ob der Bezirk die entstehenden Lücken, beispielsweise in der Beratung schließen könnte, ist mehr als fraglich. Die Aussicht auf den Haushalt 2004/05 lässt nicht nur in dieser Hinsicht wenig Hoffnung zu.

Eher stellt sich ganz ernsthaft die Frage, ob unser Bezirk damit überhaupt noch handlungsfähig sein wird. Diese Voraussicht belastete auch die Debatte um den von der PDS-Stadträtin Almuth Nehring-Venus vorgelegten Kultur- und Bildungsentwicklungsplan. Mit diesem versuchten sich Bezirksamt und BVV auf „freiwillige Pflichtaufgaben“ im Bereich Kultur und Bildung festzulegen. Da weder Kultur- noch Bildungsangebote zu den gesetzlich einklagbaren Leistungen einer Bezirksverwaltung gehören, könnten diese als erste dem Sparzwang zum Opfer fallen. Um einen kompletten Kahlschlag in diesem Bereich zukünftig zu verhindern, wurde versucht, sich mit dem vorgelegten Plan auf einen

Mindeststandard von Angeboten und Entwicklungsperspektiven zu verständigen. Einigkeit gab es in der Debatte dann aber doch nicht, obwohl der Plan letztlich beschlossen wurde. Die CDU bezog sich in ihrer Ablehnung vor allem auf die Unmöglichkeit und Unverantwortlichkeit einer solchen Festlegung unter den schon erwähnten Haushaltszwängen. Schließlich „...müsse das Geld ja dann woanders weggenommen werden...“. Kurz und gut – keine Festlegung zugunsten zukünftiger Kultur- und Bildungsangebote seitens der CDU.

Kritik gab es außerdem auch innerhalb der PDS-Fraktion hinsichtlich Standorten und Struktur der im Bezirk zu erhaltenden Angebote. Hier stellt sich für die PDS wieder einmal die Frage: Wie weit tragen wir Kürzungen mit und übernehmen möglicherweise auch noch die Funktion des Wegbereiters für diese? Es gab noch über 80 weitere Tagesordnungspunkte.

Ines Pohl

Bezirksverordnete

Aus für Sozialprojekte?



Am 21. Mai 2003 hat die BVV Pankow von Berlin einstimmig einen Antrag der PDS-Fraktion beschlossen, mit dem das Bezirksamt beauftragt wird, sich gegenüber den zuständigen Senatsverwaltungen und dem Abgeordnetenhaus von Berlin für die Fortsetzung des „Sonderprogramms für besondere soziale Zwecke in den östlichen Bezirken“ auch im Rahmen des Doppelhaushaltes 2004/05 und darüber hinaus einzusetzen.

Sonderprogramm, das heißt: Seit dem Jahr 2001 werden vom Senat zusätzliche Mittel für besondere soziale Projekte in den östlichen Bezirken bereitgestellt. Der Senat hat diese Maßnahme im Juli 2000 damit begründet, dass es im Zuge der Bezirksfusion und der damit verbundenen Stärkung der bezirk-

lichen Verantwortung notwendig ist, bei der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse die soziale Infrastruktur zu sichern und soweit auszubauen, dass Versorgungslücken beseitigt bzw. geschlossen werden und Versorgungsgerechtigkeit zum Maßstab des Handelns wird. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass in den östlichen Bezirken die vor Ort benötigte soziale Infrastruktur nicht auf der Grundlage einer Regelfinanzierung abgesichert werden konnte.

Dieses Sonderprogramm, so die Ankündigung aus dem Senat, soll ab Juli 2004 nicht fortgesetzt werden. Das heißt für unseren Bezirk, dass Projekte, die unverzichtbare Angebote und Leistungen für Kinder und Jugendliche, Frauen, Seniorinnen und Senioren, Migrantin-

nen und Migranten sowie obdachlose Menschen erbringen, wegfallen. Allein im Bereich der Frauen- und MigrantInnenprojekte werden acht von neun aus dem Sonderprogramm gefördert. Alle diese Projekte waren und sind darauf ausgerichtet, den besonderen Lebenssituationen von Frauen und Mädchen gerecht zu werden.

Bei einem Wegfall des Sonderprogramms gäbe es einen regelrechten Kahlschlag in der gesamten Projektelandschaft des Bezirkes – bei Gleichstellung, Jugend und Sozialem. Wir verstehen unseren Antrag als dringenden Appell an die Mitglieder der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, mit ihrer Stimme diesen Kahlschlag zu verhindern.

Tina Pfaff

Bezirksverordnete

Streitgespräch

Die Sorgen mit dem Plan

Ein Gespräch mit Bezirksstadträtin für Wirtschaft sowie für Kultur und Bildung Almut Nehring-Venus und Rainer Eigendorff, bis 2002 ehrenamtlicher Leiter des Kulturhauses Pankow, zum „Kultur- und Bildungsentwicklungsplan Pankow 2003 bis 2007“

BVV und Bezirksamt haben im Mai diesen Plan beschlossen. Welche Absichten sind damit verbunden?

NEHRING-VENUS: Erstens ist es nach der Fusion notwendig, alle Kultur- und Bildungsangebote einer Prüfung zu unterziehen. Zweitens zwingt uns die Haushaltsnotlage dazu, weil die finanziellen Zuweisungen des Senates an den Bezirk immer geringer werden und der dritte Punkt ist, dass es ein neues System der Haushaltsaufstellung und Bewertung gibt. Dieses hat zur Folge, dass Kultur und Bildung als die schwächsten Glieder in der Kette am stärksten von Streichung bedroht sind. Es war für mich wichtig, mit diesem Plan Kultur und Bildung im Bezirk trotzdem fest zu verankern.

Ist der Plan deswegen erarbeitet worden, um zu retten, was zu retten ist oder um eine neue Qualität der Kulturarbeit zu entwickeln?

NEHRING-VENUS: Es ist in der Tat ein Plan pro Kultur und Bildung und es ist ein Plan, der eine Debatte darüber provozieren soll. Durch die Debatte sollen Handlungsspielräume ausgelotet und ein öffentliches Bewusstsein für dieses Problem erzeugt werden. Ich verweise auf Marzahn-Hellersdorf, wo ohne Schwerpunktsetzungen aufgrund der prekären Haushaltslage gnadenlos gestrichen wird. Wir wollen als Bezirksamt und BVV einen anderen Weg gehen. Kultur und Bildung gehören zum Leistungsangebot dazu. Allerdings müssen wir Mindeststandards definieren.

Rainer, wie hast Du den Plan aufgenommen?

EIGENDORFF: Ich bin grundsätzlich froh, dass es einen solchen Ansatz gibt, um eine Langfristigkeit herzustellen und dabei nicht planlos agiert wird. Enttäuschend für mich ist, dass im Zentrum des Großbezirkes die Kultureinrichtungen gesichert sind, aber nicht im Ortsteil Pankow.

Wie meinst Du das konkret?

EIGENDORFF: In Pankow bleibt nur das Panke-Museum. Galerie, Kulturhaus und Chronik werden aus bezirklicher Verantwortung entlassen oder geschlossen.

NEHRING-VENUS: Ich nehme es sehr ernst, dass an diesem Plan der Streit der drei alten Bezirke erneut aufgebrochen ist. Die erwähnte Chronik Pankow wird jedoch nicht geschlossen. Nur die Archive werden am Standort Prenzlauer Allee 227/228 zusammengeführt. Es wird auch in Zukunft in den Ortsteilen kiezbezogene Ausstellungen geben. Generell gebe ich zu bedenken: Die 40 Standorte für Bildung und Kultur sind nicht zuviel für den Bezirk, sie sind aber zuviel, um sie alle zu finanzieren.

Der Großbezirk Pankow hat gemeinsam mit dem Bezirk Mitte den höchsten Etat für Kultur und Bildung in Berlin. Auch wenn man ein oder zwei Einrichtungen in eine andere Trägerschaft überführt, bleibt insgesamt der ausgeprägte Kulturcharakter des Bezirks erhalten.

Was wird in den nächsten Jahren konkret gespart?

NEHRING-VENUS: In diesem Jahr geben wir für die Bereiche Kultur, Volkshochschule, Musikschule und Bibliotheken 13,5 Millionen Euro aus, davon sind 9,5 Millionen Euro Personalkosten. Bis 2006 werden etwa ein Viertel der Kultur- und Bildungsarbeiter, also 60 Stellen,



Fotos:
A. Bossmann

gestrichen. Das bedeutet ganz sicher Leistungseinschränkungen.

Kann man unter solchen Rahmenbedingungen überhaupt noch Kulturarbeit machen?

EIGENDORFF: Eine ganz schwierige Frage. Ich denke, dass dieser Plan mit den nächsten Beschlüssen des Senats Makulatur sein wird.

NEHRING-VENUS: Dann hast Du den Plan nicht richtig verstanden.

EIGENDORFF: Die finanziellen Möglichkeiten des Landes sind miserabel, so dass sich die Situation der Kultur in den Bezirken langfristig nicht verbessern wird. Insofern ist selektives Erhalten richtig, um den Bürgern den Zugang zur Kultur überhaupt zu ermöglichen. Es muss dem Bezirk aber gelingen, in Zusammenarbeit mit freien Trägern, Wirtschaftsunternehmen und Künstlern die Grundlagen für den Erhalt der kulturellen Infrastruktur in allen Ortsteilen des Großbezirkes zu legen.

NEHRING-VENUS: Der Plan wurde nicht nur aus der Sicht der Verwal-

KULTURHAUS

Fortsetzung von Seite 3

Die Sorgen mit dem Plan...

tung geschrieben. Er ist mit ganz vielen Trägern, Initiativen, Verbänden und Bürgern diskutiert worden und stellt einen gemeinsamen Kurs dar. Dass wir dazu einen breiten, öffentlichen Diskurs führen, ist ein ganz wichtiger Wert, auch von PDS-Politik. Kultur und Bildung können dadurch auch besser vor dem Rotstift verteidigt werden.

Welche Kultureinrichtungen werden geschlossen?

NEHRING-VENUS: Von heute aus gesehen, wird es das Heimatmuseum in Weißensee am gegenwärtigen Standort in der Pistoriusstrasse nicht mehr geben. Mit den Weißenseer Heimatfreunden ist aber besprochen worden, dass ortsbezogene Ausstellungen im Kulturhaus „Peter Edel“ gezeigt werden sollen. Für das Kulturhaus Pankow und die Freilichtbühne Weißensee soll es eine andere Trägerschaft geben, aber keine kommunale Finanzierung mehr.

Welche Vorstellungen gibt es von den Künstlern zum Kulturhaus Pankow?

EIGENDORFF: Da es offensichtlich vom Bezirk weder Personal- noch Sach-

mittel gibt, bleibt als Perspektive nur der Verbund von freien Trägern und anderen Organisationen, unter der Voraussetzung, dass der Bezirk das Haus mietfrei zur Verfügung stellt. Das wäre die letzte Chance für diesen Standort.

Ein dickes Problem sind die Betriebskosten von 19.000 Euro pro Jahr?

NEHRING-VENUS: Richtig, und wir haben ja nicht nur diesen Standort. Alle wurden von der Verwaltung sehr genau geprüft und ich muss feststellen, dass das Kulturhaus Pankow kein klares Profil entwickelt hat. Weiterhin wirkt sich die betriebliche Trennung des Café Garbáty vom Kulturhaus, die im Altbezirk Pankow vollzogen wurde, negativ aus. Deswegen wird das Bezirksamt ein Interessenbekundungsverfahren für das Kulturhaus unter der Prämisse Kulturstandort anstreben. Eine Basis für eine neue Trägerschaft wären die in Pankow seit Jahren arbeitenden Kulturträger und Vereine. Es sind genügend stabile Akteure in diesem Raum vorhanden.

Wie siehst Du diese Perspektive für das Kulturhaus?

EIGENDORFF: Wenn es dazu käme, wäre es die einzige Möglichkeit. Sollte es nicht dazu kommen, würde der letzte kommunale Kulturstandort im Ortsteil Pankow sterben.

Und wie sieht es mit der Galerie Pankow aus?

NEHRING-VENUS: Die Galerie befindet sich in einem Mietobjekt und liegt in der zweiten Etage, also für eine Galerie recht ungünstig. Mit dem Kulturausschuss haben wir uns verständigt, dass es im Großbezirk ein bis zwei Galeriestandorte geben soll. Dazu gibt es mehrere Varianten.

EIGENDORFF: Könnte denn einer der Standorte nicht außerhalb des Prenzlauer Berges sein?

NEHRING-VENUS: Wir sind noch in der Planungsphase und dementsprechend auch gesprächsbereit.

Abschließend: Haben Kultur und Bildung in unserem Bezirk eine Perspektive?

NEHRING-VENUS: Ja. Sie sind kein unbezahlbarer Luxus. Weiterhin sind sie wichtige Imagefaktoren für den Großbezirk und wir werden alles dafür tun, dass das so bleibt.

EIGENDORFF: Ich wünsche mir, dass die Verwaltung mehr in die Fläche denkt und mit den Künstlern in Pankow und Weißensee gemeinsam überlegt, wie die Defizite zwischen den Ortsteilen klug ausgeglichen werden können. Dazu müssen sich aber die Weißenseer und Pankower stärker in die Diskussion einbringen.

Interview:

Andreas Bossmann



Museum schließt

Am 1.7.2003 werden die Räume des Stadtgeschichtlichen Museums in der Pistoriusstraße 8 in Weißensee für Ausstellungen geschlossen. Den Weißenseer Heimatfreunden e.V., ein Förderverein des Museums, geht damit das wichtigste Objekt seiner öffentlichen Wirksamkeit und Förderung verloren.

In der Pistoriusstraße 8 soll künftig der Fundus des Museums gelagert und bearbeitet werden. Räume in der Parkstraße 14, in denen sich

bisher der Fundus befand, wurden von der Immobilienverwaltung gekündigt. Allerdings ist als Übergangslösung vorgesehen, den vorderen Raum in der Pistoriusstraße für Veranstaltungen, als Info-Standort und zum Verkauf der Literatur des Museums und des Vereins zu nutzen.

In einem geplanten Neubau in der Bizetstraße sind u.a. Räume für das Stadtgeschichtliche Museum vorgesehen. Wird der Neubau jedoch

nicht realisiert, soll das Museum nach Aussagen der Politiker und des Leiters des Museumsverbundes von Pankow, einen Standort im Kulturhaus „Peter Edel“ erhalten.

Mit dieser Lösung kann der Verein Weißenseer Heimatfreunde leben und seine bisherige Arbeit zur Ortsgeschichte weiterführen. Wir hoffen, dass Wort gehalten wird.

Sigrid Weise

1. Vorsitzende des Vereins Weißenseer Heimatfreunde

Budgetiertes Musikschulprodukt

Contra, sempre furioso con forza

Wer Musikschule mit musischer Bildung verbindet, sich gar noch der eigenen Musikschulzeit erinnert, wird kaum ahnen, auf welchem Instrument Haushälter zu spielen vermögen, um Musikschule endlich als das zu begreifen, was sie ist: eine Produktionsstätte.

Klar, denn der Musikschulbetrieb produziert Musikunterricht, rechnet nach Stückzahl – es hätte ebenso gut Masse, Gewicht, Brennwert, Dezibel oder Volumen sein können. Bei diesem „Produkt“ ist weitgehend irrelevant, ob da Triangel oder Violoncello, ob Gesang oder rhythmische Bewegung unterrichtet werden. Worauf es wirklich ankommt, sind die Kosten, die sich Berlin möglichst sparen sollte. Natürlich will niemand den Bezirken die Musikschulen einsparen, das besserte kaum den Ruf der Stadt, die so gern

auch Kulturmetropole wäre. Und vieltausend Musikschülerinnen und -schüler haben Eltern, deren Gedächtnis womöglich bis zum nächsten Wahlsonntag reicht? Nein, da wollen auch die Haushälter nichts riskieren, spielen ad libitum ihr Instrument: die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR).

So wird das Produkt zum Kostenträger für Gehälter, Honorare und Löhne, für Unterrichtsräume, deren Ausstattung wie Pflege und Wartung, auch die Aktenführung soll bezahlt sein. Zugegeben, nicht sehr musisch, eher profan.

Doch die KLR kann mehr. Mit so ermittelten durchschnittlichen Kosten des „Produktes“ werden Musikschulen aller Bezirke künftig budgetiert, nach Einheitspreis. Was teurer ist, wird nicht bedacht, weil Budgetverlust, und etwaiger Bud-

getgewinn verfällt im Haushaltsloch. Wieviele Unterrichtsverträge bestehen, ist nebensächlich, denn auch die „Produktmenge“ wird nun so vorgegeben, alles ausgerichtet am „Median“, dem Durchschnitt der Berliner Bezirke. Was drüber steht, wird abgeschnitten. Pech für Musikschulen mit angestellten Lehrern, weil die teurer sind als Freie Mitarbeiter. Pech auch für Musikschulen mit angestammten Häusern und guten Instrumenten, weil die kosten richtig Geld. Berlin hat begonnen, seine Musikschulen über den Haushalt abzuwickeln.

Was ist eigentlich eine Musikschule? Für Haushälter ein Kostenfaktor, ohne qualitativen Inhalt. Gefragt sind Flötentöne contra Streicher! Ran ans Blech, den Marsch zu blasen!

Michael van der Meer



Seniorenvertretung fordert Erhalt

Die Seniorenvertretung Pankow fordert dringend den Erhalt der Seniorenbegegnungs- und Freizeittätten im Bezirk Pankow.

Jeder weiß es nun: Die Finanzlage in Berlin und damit auch in unserem Bezirk ist anhaltend schwierig. Schmerzhafte Einschnitte auf allen Gebieten sind voraussichtlich unabwendbar. Aber heißt es nicht immer, Not macht erfinderisch? Um die Seniorenbegegnungsstätten auf jeden Fall zu erhalten, sind Ideen gefragt. Das Bezirksamt hat bereits Verhandlungen mit freien Trägern zur Übernahme der Freizeittätten aufgenommen.

Aber, wie geht es weiter? Die Seniorenvertretung fordert die Entwicklung einer Konzeption zum Erhalt und zur Weiterführung der Seniorenbegegnungsstätten im Bezirk Pankow. Denn aus unserer Sicht ist es nicht gesichert, dass die neuen Träger die Räumlichkeiten auch weiter für alle Menschen offen halten und die Sozial-, Gesundheits-, Renten- und andere Beratun-

gen weiter zulassen. Eine ganz wichtige Frage scheint auch ungeklärt: Was passiert, wenn ein Träger nach kurzer Zeit feststellt, dass er die gerade übernommene Begegnungsstätte aus finanziellen oder anderen Gründen schließen muss? Wir werden das Bezirksamt auffordern, Aussagen darüber zu machen, wie es in den Jahren 2004/05 und in den Folgejahren die Begegnungsstätten weiter finanziell, kulturell und ideell unterstützen will. Dass Seniorenbegegnungsstätten für die Prävention eine sehr große Bedeutung haben, müssen wir immer wieder betonen.

Ältere Menschen sind nach Beendigung ihres Berufslebens im Durchschnitt in einer guten körperlichen, seelischen und geistigen Verfassung. Wir wissen, dass für das körperliche Wohlbefinden der zwischenmenschliche Kontakt besonders wichtig ist. Der Kontakt kann aber nur erhalten werden, wenn man den Menschen die Möglichkeit gibt, sich zu begegnen.

Dank der modernen Medizin werden die Menschen immer älter und bleiben auch länger fit und gesund. Diese Tatsache ist scheinbar den zuständigen Politikern im Bund und Land nicht bekannt. Sie sprechen nur noch von den alten, kranken und hilfebedürftigen Menschen. Wir möchten aber, dass Fitness und Gesundheit der Senioren möglichst lange erhalten bleiben.

Wenn keine Begegnungen und Aktivitäten mehr möglich sind, vereinsamen die Menschen und werden krank. Das schlägt sich dann in immer höheren Aufwendungen der Kranken- und Pflegekassen sowie der Sozialausgaben nieder. Also: Ideen sind gefragt.

Es gibt auch gute Beispiele, zum Beispiel in Weißensee, wo eine Wohnungsgenossenschaft die ehemaligen Waschhäuser saniert und als Begegnungsstätte für Jung und Alt zur Verfügung stellt.

Helga Hampel
Vorsitzende der
Seniorenvertretung



Im Bezirksamt

Für Seniorenbegegnung kein Raum?



Johannes Lehmann (SPD)
Bezirksstadtrat für Gesundheit und Soziales

Seit Jahren ist bekannt, dass das Lebensalter der Menschen zunimmt. Diese demografische Entwicklung führt zu längeren Rentenzeiten und höheren Kosten in der Fürsorge und Krankenbehandlung für ältere Menschen. Durch den Wegfall von Arbeitsmöglichkeiten in vielen Branchen hat sich zudem ein früherer Eintritt in die Rentenphase bzw. die vorzeitige Inanspruchnahme von Fürsorgeleistungen ergeben. Über Jahrzehnte wurde nur halbherzig auf diese Entwicklung reagiert. War es doch viel einfacher publikumswirksam Interessengruppen aus dem Füllhorn zu bedienen, als z.B. Fonds zu realisieren, die die Zukunft sichern helfen. Die Politik hat hier auf allen Ebenen weitgehend versagt. Allerdings waren die Erwartungen in breiten Kreisen der Bevölkerung eben gerade auf die Erfüllung möglichst aller Wunschvorstellungen gerichtet.

Mit der „Agenda 2010“ versucht die Bundesregierung der eingetre-

tenen Lähmung entgegenzuwirken. Die dramatische Kluft zwischen Einnahmen- und Ausgabensituation macht ein Umlenken zwingend notwendig, denn alles, was heute planlos ausgegeben wird, ist morgen für immer verloren. Auch in der deutschen Hauptstadt wird es die Aufgabe der rot-roten Koalition bleiben, den Haushalt weiter zu konsolidieren. Da das Land Berlin hoffnungslos überschuldet ist, entfaltet das seine Wirkung auch auf die Bezirke.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen bewegt sich die Frage nach der Zukunft der Seniorenbegegnungsstätten in Pankow. Sie beschäftigte in den vergangenen Monaten sowohl die Bezirksverordnetenversammlung als auch viele weitere Arbeitsgremien. Seniorenbegegnungsstätten dienen der Kommunikation. Sie arbeiten mit dem Ziel, Kompetenzen zu fördern sowie Isolation und Einsamkeit durch gemeinsame Aktivitäten entgegenzuwirken. Darüber hinaus stehen die Räumlichkeiten Parteien, Vereinen und Verbänden für ihre Mitgliederarbeit offen.

Der Bezirk Pankow verfügt derzeit über elf kommunale Seniorenbegegnungsstätten, deren Betreibung nicht zu den Pflichtaufgaben zählt. Bereits kurz nach der Konstituierung des Bezirksamtes habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass auf Grund der schwierigen Haushaltslage eine Veränderung auf diesen Bereich zukommen wird. Obwohl der Bezirk „nur“ ca. 665.000 Euro an Personal- und Sachkosten für die Seniorenbegegnungsstätten zu tragen hat, stehen dem die Millionendefizite im Bereich sozialer Pflichtleistungen nach Bundessozialhilfegesetz und Sozialgesetzbuch gegenüber.

Das bedeutet: Der Bezirk muss nach neuen Wegen suchen, einerseits die Angebote weitgehend zu sichern und sogar in Anbetracht der demografischen Entwicklung möglichst zu erweitern und andererseits

die Kosten in diesem Bereich drastisch zu senken.

Dies ist auf unterschiedliche Weise vorstellbar z.B. durch:

- Effektivere Nutzung der Räume durch verschiedene Zielgruppen (Senioren, Jugend, Frauen, Kultur) und damit Bündelung der Angebote;
- Einbeziehung der Seniorenangebote in das Netz von Nachbarschafts- und Selbsthilfezentren;
- Wechsel in der Trägerschaft;
- Nutzung der vorhandenen Angebote bei bestehenden Seniorenhäusern;
- Entwicklung neuer Finanzierungs- und Betreiberkonzepte;
- Stärkung der Zusammenarbeit aller im Seniorenbereich Aktiven;
- Ausbau der bereits vorhandenen Informations-, Kontakt- und Arbeitsstrukturen.

Dieser komplexe Prozess wird sich nicht im „Hauruck-Verfahren“ umsetzen lassen. Diverse Kontakte sind herzustellen und sorgfältig neue, tragfähige Konzeptionen zu organisieren. Leider wird die Umsetzung dadurch erschwert, dass die Senatsverwaltung für Mitte des kommenden Jahres das Auslaufen des „Strukturförderprogramms Ost“ angekündigt hat. Daraus werden in Pankow mehr als 60% der zuwendungsfinanzierten Projekte des Bereiches Soziales getragen. Sollte der Wegfall alternativlos und gegen den Widerspruch der Bezirkssozialstadträte geschehen, werden Schließungen von Einrichtungen unausweichlich sein.

Dennoch bin ich der Ansicht, dass nur die unverstellte Wahrnehmung der Problemlage eine neue und nachhaltige Lösung ermöglicht. Es genügt nicht, zu sagen: „Es soll so bleiben wie bisher“. Das wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Vielmehr möchte ich alle Akteure im Bereich der Seniorenarbeit dazu ermuntern, auf ihre Weise und mit ihren Vorschlägen an diesem Prozess beizutragen.

Johannes Lehmann

Rot-grüner Sozialabbau

Auswirkungen der Agenda 2010

Schröder hat den Anspruch, den Sozialstaat umzubauen und in seiner Substanz zu erhalten. Wenn man sich die vermutlichen Auswirkungen auf die Betroffenen ansieht, kommen einem da erhebliche Zweifel. Der Kündigungsschutz wird aufgeweicht, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird verkürzt. Das heißt, mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden schneller in die Gefahr geraten, zu verarmen. Finden sie keine neue Stelle erhalten sie noch Arbeitslosenhilfe beziehungsweise das, was davon nach Umsetzung der Agenda 2010 noch übrig geblieben sein wird. Dieser Rest nennt sich Arbeitslosengeld II. Dies ist eine Erfindung der Hartz-Kommission. Diese neue Leistung soll für all diejenigen Arbeitslosen gelten, die kein Arbeitslosengeld beziehen, aber arbeitsfähig sind und derzeit Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen. Hier hat Schröder festgelegt, dass das Arbeitslosengeld II auf dem Niveau der Sozialhilfe liegen soll. Unabhängig von der noch ungeklärten Frage, ob Land, Bund oder Kommunen generell für die Finanzierung dieser Leistung zuständig sein werden – die Armut wird steigen. Die Sicherung des Existenzminimums bleibt die Aufgabe der Kommunen. Wer Sozialhilfe oder ein Einkommen nur knapp darüber erzielt, hat weitere Ansprüche, zum

Beispiel auf Bekleidungsbeihilfe, wenn entsprechender Bedarf besteht. Wenn der Bund mit seiner Politik immer mehr Menschen in die Nähe der Armut treibt, weil er auf Kosten der Armen und der Länder spart, wachsen die kommunalen Aufgaben und Ausgaben entsprechend.

Die Gesetze entstehen derzeit. Die Planung der künftigen Aufgaben für das Land Berlin macht das nicht einfacher. So ist zum Beispiel offen, wer – Bundesanstalt für Arbeit oder Land und Kommunen – künftig versuchen wird, arbeitslose Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Derzeit kümmern sich die Kommunen mit Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ gerade um dieses Klientel, für die das Arbeitsamt bislang nicht zuständig war.

Übernimmt nun die Bundesanstalt für Arbeit die Leistungsgewährung und damit auch die Verantwortung für die Vermittlung, kann das einerseits das Land und die Bezirke entlasten, andererseits kann folgende Gefahr entstehen: Für die Bundesanstalt für Arbeit sind Arbeitslosengeldempfänger die „teuersten Klienten“, die – ökonomisch betrachtet – am schnellsten vermittelt werden müssen. Zudem sind hier die besten Vermittlungserfolge zu erwarten. Für die ehemaligen Sozialhilfeempfänger wird dies viel



Dr. Heidi Knake-Werner (PDS)
Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

schwieriger und braucht mehr Aufwand. Anhand der JobCenter, die wir eingerichtet haben, hat sich dies schon gezeigt. Wird das Arbeitsamt bereit sein, auch schwierigen Fällen noch Chancen zu geben? Wie viel soziale Gerechtigkeit bei der Schröder'schen Version des Erhalts des Sozialstaates übrig bleibt, ist leider keine offene Frage mehr.

Dr. Heidi Knake-Werner

Arbeitslosengeld (ALG)

Das Arbeitslosengeld wird für die Dauer von 12 bis 36 Monaten gezahlt. Die Bezugsdauer richtet sich nach Alter des Beschäftigten und Beschäftigungsdauer. Die Höhe des ALG beträgt ca. 67 Prozent mit Kind und 63 Prozent ohne Kind des letzten Bruttoentgelts des Beschäftigten. Das ALG ist eine beitragsfinanzierte Leistung, d.h. alle Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit zahlen dafür in die Arbeitslosenversicherung ein. Es wird von der Bundesanstalt für Arbeit ausgezahlt.

Arbeitslosengeld II (ALG II)

Höhe und Zusammensetzung des neuen ALG II sind noch ungeklärt. Es soll für alle arbeitsfähigen Erwerbslosen gelten, also auch für bisherige AIHi- und SoHi-Empfänger.

Arbeitslosenhilfe (AIHi)

Die Arbeitslosenhilfe wird nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes gezahlt. Die Bezugsdauer ist unbefristet. Vielfach müssen Langzeiterwerbslose jedoch ergänzende Sozialhilfe beantragen. Die Höhe der AIHi beträgt 57 Prozent mit Kind und 57 Prozent (ohne Kind) des pauschalierten Nettoarbeitentgelts. Sie wird aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert und von der Bundesanstalt für Arbeit ausgereicht.

Sozialhilfe (SoHi)

Gemäss Bundessozialhilfegesetz ist nur demjenigen Sozialhilfe zu gewähren, der kein oder kein ausreichendes Einkommen hat. Die SoHi muss beantragt werden. Der Berliner Sozialhilferegelsatz beträgt derzeit 286,83 Euro.

Kleine und große Parteitage

„Schon 500 Tage“



... so der Titel eines Materials, das den Delegierten der 3. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei am 17. Mai vorlag. In diesem Material ziehen Mandatsträger unseres Bezirks nach gut 16 Monaten Bilanz über ihre Arbeit. Verordnete, Abgeordnete, Bürgermeister und Stadträte stellen der PDS-Basis Ergebnisse ihrer Arbeit vor, sprechen über Zwänge, Erfolge und Niederlagen. Bei allen Problemen und durchaus unterschiedlichen Sichten auf Möglichkeiten und Notwendigkeiten politischen Handelns – das zeigte auch die Diskussion –

gibt es eine Reihe wichtiger Ergebnisse und interessanter Erfahrungen bei der Wahrnehmung von PDS-Verantwortung und Engagement im Bezirk und in der Stadt.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde sowohl von Mandatsträgern (leider äußerten sich nur wenige Bezirksverordnete) wie auch von Genossen aus der Basis, auf den Spagat zwischen Anspruch und Realität von PDS-Politik verwiesen. Angesichts der katastrophalen Haushaltslage und Verschuldung der Stadt, den damit verbundenen Kürzungen im Bezirkshaushalt, kommt es zu drastischem Abbau von Leistungen und Angeboten. Was kann die PDS mittragen, wo ist die Grenze, welche Alternativen und Konzepte entwickeln wir? Fragen, die auf der Hauptversammlung mit großer politischer Verantwortung diskutiert wurden. Dabei wurden Forderungen nach mehr Bürgernähe, nach größerer Transparenz politischer Entscheidungen sowie einem deutlich besseren Zusammenwirken der verschiedenen politischen Ebenen, so auch einer effektiveren Zusammenarbeit zwischen Bezirksvorstand und BVV-Fraktion, gestellt. Wünschens-

wert wäre sicher, eine größere öffentliche Präsenz des Bürgermeisters und der Fraktionsmitglieder im Bezirk. Ein gelungenes Beispiel von Transparenz und Bürgernähe sowie von offensiver PDS-Politik war meines Erachtens, bei allen bekannten Problemen, die Vorbereitung und Erarbeitung des Kultur- und Bildungsentwicklungsplans im Bezirk.

„Wenn wir Veränderungen wollen, brauchen wir dazu Mut und einen langen Atem“, heißt es im genannten Material und wir brauchen dazu mehr Aktivität und Engagement an der Basis und im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern.

Im Weiteren beschäftigten sich die Delegierten mit dem Programmentwurf; diskutierten und beschlossen: „Inhaltsbestimmung und Statut der PDS-Bezirkszeitung extraDrei“. Die Diskussion bietet, so hofft der Bezirksvorstand, die Chance für einen echten Neubeginn. Hoffentlich und da kann ich mich als Redaktionsmitglied nur erwartungsvoll anschließen, bleibt der Appell, aktiv in der Redaktion und an der Zeitung mitzuwirken, nicht ungehört.

Renate Tepper
OV Weißensee



Für einen Neuanfang



Meine Erwartungen sind darauf gerichtet, dass der Sonderparteitag der PDS wieder Inhalte diskutiert, Politikfähigkeit zurückgewinnt und eine geschlossene Führung wählt. Für einen Neuanfang der PDS ist es notwendig, die Felder der politischen Auseinandersetzung konkret zu bestimmen, die Entwicklung des globalen Kapitalismus gründlich zu analysieren und unseren Mitgliedern zu vermitteln. Der Sozialabbau und die Finanzkrise in der Bundesrepublik zeigen, wie tief die Krise des Kapitalismus ist.

Diese Situation zwingt uns zu Reformen, Alternativen und entsprechenden Lösungsansätzen. Der Agenda 2010 der rot-grünen Bun-

desregierung setzen wir unsere Agenda Sozial entgegen, um mit den Bürgern wieder in den zwingend notwendigen gesellschaftlichen Dialog zu treten. Das schließt ein: Wie weiter mit unseren Alternativen zum Hartz-Konzept, zur Gesundheitsreform, zur ungerechten Steuerpolitik und für eine Weltfriedensordnung.

Vor allem muß vom Parteitag das Zeichen ausgehen kommen, dass wir weiter in die Gesellschaft hinein wirken wollen. Nur daraus ergibt sich die Chance, das verloren gegangene Vertrauen unserer Mitglieder, Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen. Nutzen wir die Chance, dass die Leistungen der

PDS in Ländern und Kommunen nicht entwertet werden.

Als Parteitagsdelegierter ist es für mich wichtig, dass wir uns in Programm und praktischer Arbeit auf die Gesellschaft beziehen, in der wir heute leben. Nur so und mit der Einbeziehung von Bürgern können Veränderungen herbeigeführt werden. Auch in unserer politischen Praxis gibt es den Widerspruch zwischen Vision und Realität. Diesen Widerspruch müssen wir sachlich diskutieren, Probleme ansprechen sowie uns nicht mit Klein-Klein und persönlichen Befindlichkeiten auseinander setzen.

Gert Cramer
Parteitagsdelegierter

Reformen konkret untersetzen

Hoffen auf das neue Programm

Die Ereignisse der letzten Wochen in der Parteispitze waren nicht nur Personalquerelen. Sie sind Beleg dafür, dass die PDS inhaltlich zerrissen dasteht und nicht in der Lage ist, auf die wesentlichen Fragen dieser Gesellschaft politische Antworten zu liefern. Für einen Neuanfang der PDS ist deshalb die Debatte um das zukünftige Programm und ein Beschluss dazu auf dem Chemnitzer Parteitag überlebensnotwendig. Kurzum: Es geht schlicht um die Daseinsberechtigung der PDS.

Das neue Programm will einen linken Politikansatz in einer zunehmend neoliberalen Gesellschaft entwickeln. Es wagt politische Visionen, die über diese Gesellschaft hinausweisen. Es formuliert Reformansätze, die in die Gesellschaft hineinwirken sollen und es soll der Partei einen Orientierungsrahmen geben, der das langfristige Überleben der PDS sichern könnte. Die Gesellschaft, besonders die in Ostdeutschland, hat sich seit der Wende grundlegend gewandelt und zwar in Richtung ungezügelter Neoliberalismus, Sozial- und Demokratieabbau und einer forcierten Militarisierung der Weltpolitik.

Diese Situation schreit geradezu nach einer linken Kraft. Hingegen befindet sich die Linke europaweit in der Defensive. Um aus dieser Defensive wieder herauszukommen, analysiert der Entwurf die aktuelle Situation der Gesellschaft und stellt zentrale Forderungen nach dem Erhalt der individuellen Grundrechte, nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung auf.

In der Präambel ist der Bezug zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthalten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das hat viele von uns verblüfft und verärgert. Wie kommt eine dezidiert sozialistische Partei dazu, das Grundgesetz einer bürgerlichen Gesellschaft als Orientierungspunkt von Politik zu wählen? Kommt das nicht einem Kotau vor dem allmächtigen kapitalistischen System

gleich? Die PDS gar als linksbürgerliche Partei? Ich meine, nein! Der Bezug auf die Würde des Menschen eröffnet eine uneingeschränkte Sicht auf die Grundprobleme dieser Gesellschaft, denn tagtäglich werden Individualrechte massenhaft verletzt. Nur auf der Grundlage der Wahrnehmung dieser existierenden Widersprüche können realistische Alternativen entstehen und ihren Gebrauchswert für die Gesellschaft entfalten. Die Hinwendung auf die menschlichen Grundbedürfnisse und Grundrechte sind zum einen humanistische Wertorientierung und zum anderen fundamentale Kritik an einer Gesellschaft, die einer zunehmenden Anzahl von Menschen diese individuellen und sozialen Freiheitsrechte entzieht.

In der Präambel des Entwurfs heißt es: „Die Würde des Menschen verlangt Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb ist eine andere Politik nötig, zu deren Herausbildung wir gemeinsam mit anderen beitragen wollen.“ Die PDS tritt damit nachhaltig aus der Haltung des selbsternannten Missionars heraus. Sie öffnet sich den wichtigsten politischen Themen und Diskursen, sie legt an die Bewertung der Wirklichkeit der Bundesrepublik einen sozialistischen Maßstab an und erklärt sich solidarisch mit denen, die unter diesen Realitäten leiden. Indem die PDS das Grundgesetz vor der Willkür seiner Schöpfer verteidigt, kann sie auf breitere Akzeptanz in dieser Gesellschaft hoffen und gleichzeitig ihren originären Beitrag zur Zurückdrängung des Kapitalismus leisten.

Insofern ist dieser Entwurf für mich trotz aller inhaltlichen Unschärfen und formalen Schwächen ein echter Fortschritt. Klärungsbedarf sehe ich vor allem dort, wo es um die Darstellung von Reformalternativen geht. Es reicht nicht aus und wird in der Öffentlichkeit müde belächelt, wenn bloße Forderungen

aufgestellt werden. Es muss vielmehr um die Frage gehen, wie diese Reformen konkret untersetzt werden. Es geht zum Beispiel um die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, um die Neugestaltung des Arbeitsmarktes, um die Entwicklung eines alternativen Wachstumstyps in der Wirtschaft, um die Demokratisierung der internationalen Politik. Weiterhin scheint nicht klar zu sein, welche konkrete Stellung die PDS als politische Partei im Bündnis mit den gesellschaftlichen Partnern einnehmen soll, wie wir unsere Potenziale in der Gesellschaft besser ausschöpfen wollen und wie wir den Widerspruch von Alltagspolitik und Programmatik aushalten lernen. Sozialismus ist eben eine Tagesaufgabe und eine Kernerarbeit obendrein.

Diese und noch weitere Fragen werfen viele Genossinnen und Genossen auch aus unserer Bezirksorganisation in ihren Kritiken zum Entwurf auf. Um diese Anregungen und Bemerkungen zu bündeln und zu veröffentlichen, wird der Bezirksvorstand, so wie es die Hauptversammlung am 17. Mai beschlossen hat, ein zusammenfassendes Material erarbeiten und vor dem Parteitag allen Interessierten zur Verfügung stellen. Kein kluger Gedanke darf unter den Tisch fallen.

Vom Sonderparteitag erwarte ich vor allem eine sachliche Diskussion über die „Agenda Sozial“ und eine personelle Konsolidierung. Und vom Chemnitzer Parteitag eine offene und konstruktive Debatte zum Programmentwurf, sowie einen generellen inhaltlich Neuanfang. Kurzum: Mehr Realitätssinn, mehr Sachlichkeit, mehr Gelassenheit in der Diskussion, kein hohles Phrasendreschen, kein revoluzzerhaftes in Pose werfen und die Wiederentdeckung des Zuhörens als Grundvoraussetzung für erfolgreiche Kommunikation.

Andreas Bossmann

Bezirksvorstandsmitglied



PDS-Debatten

Beiträge zum Programmmentwurf



■ Johanna Schramm, Buch

Notwendige Klarheit und Kürze vermisse ich. Es kann bei der Überarbeitung nicht um einzelne Begriffe oder Formulierungen gehen. Das Programm muss – ausgehend vom vorhandenen Material, Diskussionen und Vorschlägen – neu geschrieben, klar gegliedert und fasslich formuliert werden.

Der Ansatz kann zum Beispiel nicht sein, dass die „sozialistische Vision“ missbraucht wurde, sondern dass sie Millionen Menschen in den sozialen Kämpfen beflügelt, zu vielen Erfahrungen in den Ländern, die den Sozialismus zum Ziel erklärt hatten und zu wesentlichen Veränderungen in der kapitalistischen Welt geführt hat.

Die Aussagen zu Eigentum, Demokratie und Freiheit sind verwachsen und erfassen nicht die vielfältigen Beziehungen, die damit verbunden sind und um die es den demokratischen Sozialisten geht. Die profitdominierten Inhalte und Strukturen von Politik, Ökonomie und Medien müssen klarer benannt werden. Dies sind die Zentren der Macht, die die anderen Bereiche des Lebens wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Umwelt bestimmen. Die Auseinandersetzung mit neoliberaler Politik scheint mir zu viel Raum einzunehmen.

■ Hermann Benthin, Buch

Das Programm hat die Frage zu beantworten, welche gesellschaftlichen Veränderungen notwendig sind, um die Unantastbarkeit der Menschenwürde in Zukunft zu gewährleisten. Eine Antwort wird in der Präambel mit der allgemeinen These vorweggenommen: „Die Würde des Menschen verlangt Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“ Im Weiteren ist nicht mehr die Menschenwürde, sondern die Freiheit der „Bezugspunkt sozialistischer Politik“. Soziale Bedingungen für ein menschenwürdiges Dasein werden auf die

allgemeine Ebene „grundlegender Freiheitsgüter“ erhoben. Diese Tendenz wird mit dem Strapazieren des Begriffs „Emanzipation“ vielfach verstärkt.

Der Freiheitsbegriff wurde aber im Verlauf der historischen Entwicklung je nach Machtverhältnissen und Interessenlage sehr unterschiedlich ausgelegt und immer wieder ideologisch missbraucht. Nein, der abstrakte Freiheitsbegriff ist als Bezugspunkt sozialistischer Politik nicht geeignet.

■ Matthias Zarbock, Prenzlauer Berg

Außerordentlich begrüßenswert ist für mich, dass die Würde des Menschen und damit das Individuum die zentrale Rolle in den Gedankengängen des vorliegenden Entwurfs spielt. Allerdings scheint sich die Durchdringung des Konzepts „Individuum“ nur ansatzweise auf eine Analyse der Rolle des Individuums als Objekt oder Subjekt der Geschichte zu gründen. Der Begriff der Freiheit ist deshalb ambivalent (in der Verwendung im Text sehr vage definiert als liberales Ideal, bürgerlicher Wert und sozialistische Utopie zugleich) und die Schlussfolgerung trotzdem oder gerade deshalb richtig: Freiheit kann nur in sozialer Gleichheit existieren. Beim Strategieforum habe ich den Eindruck gewonnen, dass sich zu dieser Frage ein „ideologischer Graben“ auftut: Der Zwiespalt zwischen einer Position, die (bürgerliche) Freiheit als „Wert an sich“ einfordert, und einer anderen Sicht, die die Bedeutung der sozialen Gleichheit als Grundbedingung für Freiheit konstatiert, muss im Entwurfstext noch geschlossen werden.

■ Hansgeorg Storost, Weißensee

Übereinstimmung herrscht, wir brauchen ein neues Programm, und der vorliegende Entwurf liest sich

nicht nur gut, er macht auch Lust zur Diskussion. Die eindeutige in verschiedenen Zusammenhängen formulierte Forderung nach Zurückdrängung der Kapital- und Profitdominanz in der heutigen Gesellschaft wird begrüßt. Klar ist, dass das ein komplizierter, langwieriger Prozess ist, der meines Erachtens – und das sollte deutlicher bisher ausgedrückt werden – nicht in einem einzelnen Land erfolgreich sein kann, sondern nur im internationalen Maßstab. Dazu bedarf es aber auch entsprechender internationaler sozialer Kräfte, als deren bestandteil sich die PDS versteht.

■ Ernst Lüdemann, Weißensee

Mir ist in dem Programmmentwurf die Erläuterung, was für uns Sozialismus ist, zu schwach: Ziel, Wertesystem und Bewegung reicht mir nicht. Wir können unsere programmatischen Vorstellungen noch so schön formulieren: Unter den heutigen Eigentums- und Verteilungsverhältnissen ist soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit niemals zu erreichen. Ich bin für einen Sozialismus, der auf demokratischem Wege angestrebt wird, aber ausdrücklich für eine „andere Gesellschaft“ als die gegenwärtig kapitalistische.

Angesichts der heutigen globalisierten Gesamtkapitals mit dem so gut wie weltweit durchgesetzten Neoliberalismus ist eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ohne tiefe Eingriffe nicht nur in die Verfügung über Ressourcen, sondern auch ohne tiefe Eingriffe in die Mechanismen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems nicht vorstellbar. Das bedeutet in jedem Falle einen deutlich stärkeren gestaltenden Einfluss des Staates als heute (durchaus nicht unbedingt des Staates als Eigentümer) im Interesse von mehr sozialer Gerechtigkeit.

Die Beiträge wurden von der Redaktion gekürzt.

Alltag im Bezirk

Bertha und Herrmann Falkenberg

Ein Denkzeichen in Erinnerung an Bertha Falkenberg (1876–1946), Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes, erste Frau in der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Hermann Falkenberg (1869–1936), Gründer der Liberalen Synagoge Norden in der Schönhauer Allee 162 wurde am 22. Mai an dem ehemaligen Wohnhaus in der Lottumstraße 22 in Prenzlauer Berg eingeweiht.

Dies ist ein Kooperationsprojekt des Kulturamtes Pankow mit Bet Debora e.V. Die 1998 ins Leben gerufene Initiative engagierter jüdischer Frauen setzt sich mit dem Leben und Wirken jüdischer Frauen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinander.

Überfall

In der Nacht zum 30. Mai ist der Bezirksverordnete Rudolf Blom, Mitglied der PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow, Ziel eines rassistisch motivierten Überfalls geworden. Blom und seine Gäste wurden in seiner Wohnung in Französisch Buchholz von einer zirka fünfköpfigen Gruppe Jugendlicher angegriffen. Gegen die Fenster der Wohnung wurden Flaschen geworfen, fremdenfeindliche und rassistische Sprüche wurden skandiert, es kam zu einem Handgemenge. Es gibt sichere Hinweise darauf, daß die Angreifer dem Umfeld der rechtsextremen NPD zuzurechnen sind. Der polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen.

Pankower Zentrum

Eine 6.000 Quadratmeter große Fläche hinter dem Pankower Rathaus Center soll ab September 2003 umgestaltet werden. Die Planungen wurden am 4. Juni vorgestellt und mit Bürgern erörtert. Das Areal nördlich der Breiten Straße und wird wegen fehlender Wege zwischen Parkstraße und Pestalozzi-

straße als Barriere empfunden. Im Bereich der noch vorhandenen Kleingartenanlage sollen zahlreiche Kinderspielgeräte, Tischtennisplatten und Bänke aufgestellt und ein Bolzplatz angelegt werden. Die Kosten von ca. 490.000 Euro sollen zum Großteil aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gedeckt werden.

Gedenken zum 17. Juni

Aus Anlass der 50. Wiederkehr des 17. Juni 1953 und einer symbolischen Straßenbenennung laden die Bezirksverordneten und das Bezirksamt Pankow zu einer Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2003, ab 17.30 Uhr auf das ABB-Gelände, Lessingstraße 79 (Wilhelmsruh) ein.

Darüber hinaus unterstützt das Bezirksamt eine Kunstaktion zur Auseinandersetzung mit dem 17. Juni. Eine Installation mit dem Titel: „Die Partei hat immer Recht“ des Künstlers Daniel Küchenmeister wurde vor dem ehemaligen Sitz des Parteivorstandes und des ZK der SED an der Prenzlauer Allee/Ecke Torstraße errichtet.

Hanf im Bucher Forst

Um herauszufinden, ob Hanf auch auf den ehemaligen Bucher Rieselfeldern angebaut werden kann, säten Schüler der Hufeland-Oberschule dort unter Anleitung des Revierförsters vier Hanfsorten aus. In den modernen Züchtungen ist der Gehalt des Rauschmittels Tetrahydrocannabinol (THC) so niedrig, das es nicht als Droge verwendet werden kann.

Leerstand Kunstvoll II

Zum zweiten Mal startete im Mai eine Runde von „Leerstand Kunstvoll“. Durch die Aktion sollen der Leerstand vieler Gewerberäume im Sanierungsgebiet Wollankstraße reduziert und die Läden vorübergehend sinnvoll genutzt werden.

Zudem bieten die zeitweiligen Ateliers und Galerien in und um die Florastraße für die Bewohner at-

traktive Anziehungspunkte. Das Angebot in den insgesamt elf Läden umfasst die Bereiche Bildhauerei, Malerei, Keramik, Modestaltung, Strick-Design, Textilkunst, Videokunst, Objekte, Installation, Fotografie und Think-Art.

Die einheitlichen Öffnungszeiten sind mittwochs von 16 bis 18 Uhr und sonnabends und sonntags von 14 bis 18 Uhr. Organisiert wird die Kunstaktion im Auftrag des Bezirksamtes Pankow, von der AGS Arbeitsgruppe für Stadtplanung, der Sanierungsbeauftragten für das Gebiet Wollankstraße.

Lange Einkaufswege vorbei

Bucher können ab Montag in einer neuen Kaufhalle einkaufen. Am 23. Juni eröffnete in Buch in der Bruno-Apitz-Straße 14 eine Norma-Filiale. Die Kaufhalle wurde neu gebaut, Investor ist die Hau+S Bau-träger GmbH.

Almuth Nehring-Venus (PDS), Bezirksstadträtin für Kultur und Wirtschaft, erklärte dazu: Endlich haben die Bucherinnen und Bucher im sogenannten Buch IV wieder eine Einkaufsmöglichkeit. Nachdem die Spar-Kaufhalle Ende Februar 2002 geschlossen hatte, ist es durch gemeinsame Anstrengungen von Investor und Bezirksamt möglich geworden, diesen modernen Standort zu errichten.

Das Bezirksamt hatte sich im vergangenen Jahr im Interesse der Bucher Bürgerinnen und Bürger tatkräftig in die Kaufverhandlungen zwischen Investor und Liegenschaftsfonds eingemischt, mit Erfolg: Die langen Einkaufswege sind nun vorbei.

Sprechstunde

Die nächste Sprechstunde der Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Sport, Christine Keil (PDS), findet am Donnerstag, 26. Juni von 16 bis 18 Uhr im Rathaus Weißensee, Berliner Allee 252-260, Raum 116 statt. Um Anmeldung unter Tel.: 9679 2330 wird gebeten.



Vermengtes

Und der Zukunft zugewandt

Liebe Leserinnen und Leser, wie auch Ihnen nicht entgangen sein dürfte, steht unser Großbezirk mit seinen Ortsteilen Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg vor schweren Entscheidungen. Die immer knapper werdenden Mittel stellen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger immer mehr vor

die Frage, welche Aufgaben unser Bezirk finanzieren soll und kann. Diese Ausgabe der extraDrei soll einen Auftakt zur Debatte leisten. Die Redaktion möchte Ihnen Raum zur Diskussion geben, wie die Zukunft der bezirklichen Infrastruktur und bezirkliche Leistungen, insbesondere im Kultur-, Sozial-

und Kinder- und Jugendbereich, gerade im Hinblick auf dem kommenden Haushalt der Jahre 2004/05 ausgestaltet werden können. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dazu Ihre Sicht der Dinge schildern und einen kleinen Beitrag einsenden könnten.

Redaktion estraDrei

Wasser marsch

Am 1. Juni war es wieder soweit. Die PDS veranstaltete ihr jährliches Kinderfest im Vinetaviertel. Die Sportwettbewerbe – vom Sackhüpfen über Schlingellauf bis zum Torwandschießen – fanden wie immer regen Zuspruch und wurden mit Urkunden und Preisen belohnt. Es rauchte nicht nur der Grill, sondern

auch die Köpfe beim Quiz. Die Kinder konnten puzzeln, basteln, aber auch einen Blick durch das Mikroskop in die Wunderwelt der Kristalle wagen. Großer Andrang herrschte bei den Sandbildern. Es entstanden wahre Wunderwerke.

Richtig spritzig wurde es mit der Jugendfeuerwehr Pankow. Der

„Wasser marsch“ wurde geübt. Die Klarinettengruppe der Pankower Musikschule rundete das Kinderfest mit Life-Musik ab. Der übereinstimmende Wunsch am Ende war: Macht bald wieder so etwas. Vielen Dank an die zahlreichen Helfer und Spender.

Karl Götz
PDS Vinetaviertel

Bienen los

Die Volkssolidarität sagt Danke an die Genossen und Freunde, die bei der diesjährigen Haus- und Straßensammlung der Volkssolidarität mitgeholfen haben. Wie in jedem Jahr wurde dank der Unterstützung und durch die ehrenamtlichen Helfer der Volkssolidarität ein hervorragendes Ergebnis erreicht. Dies hilft unse-

ren Ortsgruppen, ihre Betreuungsaufgaben zu erfüllen und schöne Erlebnisse für die Senioren zu schaffen.

Die Volkssolidarität und ihre fleißigen Bienen sind getreu ihrem Motto „Für einander – Miteinander“ da, wenn Not am Mann und an der Frau ist. Ein warmes Mittagessen

vom fahrbaren Mittagstisch wird geliefert, kranke Bürger durch die Sozialstationen betreut sowie Veranstaltungen, Kaffeerunden und Tagesfahrten organisiert. Für so viel Gemeinsamkeit und Abwechslung werden die Spenden der Bürger verwendet.

Ortud Georgy
Volkssolidarität

WANN W O W A S W A N N W O W A S W A N N

21. Juni

14 Uhr Gartenfest des Frei-Zeit-Haus e.V. Weißensee mit Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS), Pistoriusstraße

22. Juni

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV) Fraktionszimmer, im Bezirksamt Fröbelstraße 17

24. Juni

19 Uhr Bildungsabend des PDS OV-Vineta im Freizeitclub, Elsa-Brandström-Straße 6

28. und 29. Juni

Außerordentliche Tagung des Bundesparteitages der PDS im Tempodrom, am Anhalter Bahnhof (Karten in der Geschäftsstelle)

30. Juni

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV) Fraktionszimmer, im Bezirksamt Fröbelstraße 17

19.30 Uhr Bezirksvorstand im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

2. Juli

17.30 Uhr 16. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Tagungssaal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

17.30 Uhr Treffen OV Weißensee, Kieztreff Pistoriusstraße

7. Juli

18 Uhr „Die DDR war anders“ – Veranstaltung zur Politischen Bildung mit Prof. Fritz Vilmar (FU Berlin), im PDS-Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße

17. Juli

18 Uhr Basistag, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

6. August

17 Uhr Meeting zur Erinnerung und Mahnung an den Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima an der Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain
17.30 Uhr Treffen OV Weißensee, Kieztreff Pistoriusstraße

21. August

18 Uhr Basistag, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

23. August

Friedensfest der PDS Berlin Drei am Caligariplatz (Weißenseer Spitze)

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 11. Juni 2003
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.